

Volkszeitung

Nr. 68. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich früh. An den Sonntagen wird die reichhaltige „Illustrierte Beilage zur Lodzer Volkszeitung“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zloty 5.—, jährlich Zl. 60.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Betrifauer 109
Hof, links.
Tel. 36-90. Postcheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 5 bis 6.
Telefonattelephon des Schriftleiters 23-45.

Anzeigenpreise: Die siebengefaltene Millimeterzeile 10 Groschen, im Text die dreifache Millimeterzeile 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnachrichten und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alexandrow:** Winzenty Kaban, Parzejewska 16; **Bialystok:** B. Schwalbe, Stoderczna 43; **Konstantynow:** J. W. Modrow, Długa 70; **Warschau:** Oswald Richter, Neustadt 505; **Łódź:** Fabianice: Julius Walta, Cienkiewicza 8; **Tomaszów:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Żduniska-Wola:** Berthold Kluttig, Żłota 43; **Żywiec:** Edward Strang, Rynek Kilińskiego 13; **Żyrardów:** Otto Schmidt, Hielego 20.

Polen als Zankapfel.

Die Krise in Genf noch nicht beigelegt. — Bis Dienstag soll der Ausweg gefunden werden.

Der gestrige Tag verlief in Genf im Zeichen der Suche nach einem Ausgang aus der Krise. Die „Pat“ meldet dazu:

Die französische Presse

nimmt gegenüber Deutschland einen außergewöhnlich scharfen Standpunkt ein. „Petit Parisien“ meint, daß Deutschland sich die Einwilligung auf den Eintritt Polens für späterhin als Objekt aufspart. Konzessionen für sich zu erlangen. „Gaulois“ behauptet, Deutschland übe geschichtlich das Handwerk, zu zerstören, was mühsam aufgebaut wurde.

Die Berliner Presse

bezeichnet die Lage als äußerst kritisch und bemerkt, daß nicht Deutschland die Schuld trage, sondern daß es das Opfer der Ränke seiner Gegner geworden ist. Der „Lokal-Anzeiger“ unterstreicht die entschlossene Haltung der deutschen Delegation.

Die „Danziger Zeitung“ bemerkt, daß die Lage zwar ernst, ein übertriebener Pessimismus aber nicht am Platze sei. Eine große Rolle spielen in Genf gegenwärtig die Sozialisten, die den schwedischen Premierminister Anden nachgiebig stimmen wollen. Dasselbe Blatt bemerkt, daß Schweden erklärt habe, seinen Standpunkt nur dann zu ändern, wenn die deutsche Delegation dies tun werde.

Chamberlains Pessimismus.

Genfer Zeitungsleute sollen nach London gedrängt haben, daß Chamberlain erklärt habe: „Das Locarnotraktat besteht nicht mehr. Europa ist in zwei sich feindlich gegenüberstehende Lager geteilt. Trotzdem Schweden sich als treuester Freund Deutschlands gezeigt hat, trägt Deutschland für die gegenwärtige Krise die Schuld.“

Die deutsche Delegation hat eine englische Ruhe.

Reuter meldet aus Genf: Im Sitz der deutschen Delegation herrscht vollständige Ruhe. Die deutschen Delegierten erklärten: Es ist keine Rede davon, daß wir an eine Abreise denken. Wir warten auf die Beantwortung unserer Frage. Die Entscheidung liegt in den Händen des Völkerbundes. Der Rat muß erklären, ob das, was uns versprochen wurde, gehalten wird oder nicht. Wenn wir aufgenommen werden, bleiben wir, werden wir nicht aufgenommen, so reisen wir ab. — Gestern haben die Mitglieder des Rates des Völkerbundes mit Ausnahme Andens Beratungen abgehalten. Während derselben betonten die Delegierten, daß sie gegenüber Deutschland weitgehende Konzessionen machten. — Trotz der großen Schwierigkeiten glaubt man in Genf, daß Deutschland am Montag oder Dienstag in den Völkerbund aufgenommen werden wird.

Kompromißvorschläge.

„Neue Freie Presse“ läßt sich aus Genf melden, daß die letzte Probe, die Krise beigelegen, auf folgendem beruht:

Eines der nicht ständigen Mitglieder des Rates soll zugunsten Polens verzichten. Briand und Chamberlain versuchen, einen derartigen Einfluß auf einen der Staaten: Schweden, Spanien, Brasilien, Uruguay Tschechien, oder Belgien auszuüben. Die Vollversammlung müßte bei einem solchen Verzicht auf den nicht ständigen Sitz eine Neuwahl vornehmen, die auf Polen fallen würde. Das Blatt meint, daß Deutschland nichts

gegen eine derartige Regelung der Frage einzuwenden habe.

Die schweizerische Agentur meldet, daß Schweden und Belgien in erster Linie gedrängt werden, ihren bisherigen nicht ständigen Sitz niederzulegen. Anden und Vandervelde haben sich zu dieser Konzeption jedoch noch nicht geäußert.

Abends trat eine Beruhigung der Gemüter ein.

In den Abendstunden wich die gespannte Stimmung einer Beruhigung. Chamberlain setzte sich mit Briand an den Beratungstisch, um neue Möglichkeiten zu finden. Es geht darum, Polen sofort einen nicht ständigen Sitz zuzuerkennen, ohne eine Lage zu schaffen, daß Deutschland nachgegeben hätte.

Beschlossen wurde, für Dienstag eine Vollziehung einzuberufen, in welcher die Angelegenheit reflexlos entschieden wird.

Vandervelde erklärte Zeitungsleuten, daß bis Dienstag seitens aller Mitglieder Wege gesucht werden, um in der Vollziehung das Gesuch Deutschlands mit Gewährung eines ständigen und für Polen eines nicht ständigen Sitzes zu erledigen.

Stresemann wirkt beruhigend.

Das „Journal de Geneve“ veröffentlichte gestern einen Artikel Stresemanns, in dem er die gegenwärtigen Mißverständnisse als innere Krise des Völkerbundes bezeichnet, die vor allem auch den Standpunkt Schwedens hervorgerufen wurde. Deutschland habe nichts gegen Polen und werde, falls es im Rat sitzen werde, kein Veto gegen die Vergrößerung der Zahl der Ratsmitglieder einlegen.

Mittags besuchte Chamberlain mit Gemahlin Luther. Auch Stresemann war anwesend. Nach diesem Besuch flaute die Spannung ab.

Um 4.30 Uhr nahm die eine Geheim-sitzung des Völkerbundes statt.

Eine Plenarsitzung.

Gestern vormittags fand eine Vollversammlung statt. Besprochen wurde die Manifestation zugunsten des Verstorbenen Förderers der Völkerbundidee, Leon Bourgeois, die Bestätigung von Zusatzkrediten für 1926 sowie die Frage der Errichtung eines Gebäudes für die Vollziehungen des Völkerbundes.

Gegen die Fürstenabfindung.

Große Volksmassen haben sich eingezeichnet. Die Liste derjenigen, die die Volksabstimmung über die Fürstenabfindung in Deutschland unterzeichnet haben, zählte Freitag abends in Berlin 793 826. In Köln beträgt die Zahl 60 000. Die Durchführung der Abstimmung müssen mindestens 4 000 000 Bürger fordern. (Pat)

Der Abrüstungsausschuß.

Entgegen den Meldungen eines englischen Sonderberichterstatters verlautet, daß der Völkerbundrat in seinen privaten Besprechungen sich bereits darüber geeinigt hat, die Abrüstungskommission und die mit ihr zusammenhängende Militärkommission für den 17. Mai nach Genf einzuberufen, wobei man darauf rechnet, daß bis dahin der Konflikt zwischen der Schweiz und Sowjetrußland beigelegt sein wird. Die Einberufung der Wirtschaftskommission zur Vorbereitung der internationalen Wirtschaftskonferenz, die für den 26. April vorgesehen war, soll nun für diesen Zeitpunkt endgültig in Aussicht genommen werden.

Unter der Herrschaft des Bendref.

Von Josef Hofbauer.

Der Bendref — das ist der Gummiknüppel, mit dem, nach englischem Vorbilde, die tschechische Staatspolizei ausgerüstet ist. Er ist zum Symbol der jungen tschechisch-slowakischen Republik geworden, zum Symbol jenes Staates, der mit dem Anspruch ins Leben trat, eine neue Schweiz, aber eine Schweiz „höheren Stils“, also eine vervollkommnete Schweiz zu werden.

Von den sozialen und demokratischen Verheißungen, mit denen die Begründer der Tschechoslowakei so freigebig waren und an die das tschechische Proletariat so gern glaubte, ist nur die Erinnerung an sie übrig geblieben. Fast nichts ist Wirklichkeit geworden. Ja, dieser Staat, der im Kampfe gegen das reaktionäre Habsburger-Osterreich geschaffen wurde, hat fast nur noch die Fassade der Demokratie behalten, hinter der sich schlimmster Regierungs- und Polizeiabsolutismus breitmacht.

Das Leben des Staatsbürgers ist eingeeignet von Geboten und Verboten, die um so drückender und quälender werden, je mehr er sich auf das Gebiet der Politik wagt. Da wird jedes geschriebene und gesprochene Wort geprüft und gewogen und gedeutet, ob es nicht strafbar wäre, da wird er, falls er nicht einer der herrschenden Parteien angehört, im vorhinein als Staatsfeind betrachtet, da wächst die Bewegung des einzelnen zur schlimmsten Einschränkung der Freiheit der Parteien und der Nationen. „Du mußt!... Du darfst nicht!“ Das sind die Gesetze der Demokratie in der Tschechoslowakei geworden, deren Befolgung durch die Drohung der Anwendung der Polizeigewalt erzwungen wird. Der Bendref bestimmt das Maß der behördlich genehmigten Freiheit.

Kann es anders sein, als daß eine Regierung, die große Massen des eigenen Volkes und alle Minderheitsnationen gegen sich hat und doch das jetzige Herrschaftssystem aufrecht erhalten will, immer ängstlicher bemüht wird, jede Regung der Opposition im Parlament wie außerhalb des Parlaments zu ersticken?

Die Regierung braucht eben jetzt neue Steuern zur Regulierung der Bezüge der Staatsbeamten. Für diesen Zweck sind ungesähr 700 Millionen Kronen erforderlich, ungesähr so viel, wie für die Sanierung der Banken, für deren Leid eine so stark bürgerlich beeinflusste Regierung natürlich mehr Verständnis hat als für die Noie der eben jetzt wieder durch eine Wirtschaftskrise bedrohten Arbeiter. Durch Besteuerung der Arbeiter, denen so ziemlich alle Lebens- und Genußmittel verteuert werden sollen, will sie die Gelder für die Erhöhung der Beamtenbezüge aufbringen.

Gegen diesen Aushungerungsfeldzug der Regierung und gegen die kürzlich erlassenen Sprachenverordnungen haben die deutschen Arbeiter in zahlreichen Versammlungen protestiert. Die gewaltigste Kundgebung war die in Karlsbad, wo sich am 2. März 15 000 Arbeiter in drei Massenversammlungen zusammen-

fanden. Aber kaum hatten sich die Massen zur Demonstration in Bewegung gesetzt, so schwenkten die Polizisten ihre Pendrels, sausten die Gummiknüppel auf die Arbeiter nieder. Wahlos wurde auf Männer, Frauen, auf Alte und Junge eingehauen. Viele Arbeiter sahen, von allen Seiten von knüppelschwingenden Polizisten bedrängt, keinen andern Ausweg als den Sprung in den Fluß. Aber mit dem Berprügeln der Arbeiter auf der Straße waren die Belustigungen der Polizisten noch nicht beendet. Die Verhafteten wurden im Gefängnis von den wütenden Polizisten nochmals gründlich verprügelt. Es soll jedem Staatsbürger zum Bewußtsein gebracht werden, daß in diesem Staat der Pendrel regiert!

In der Nachbarstadt Fischern, die zum Polizeirayon Karlsbad gehört, soll ein Staatspolizist von einem unbekanntem jungen Burschen durch einen Steinwurf verletzt worden sein. Der Steinwurf genügte dem Polizeigewaltigen von Karlsbad, über Fischern den Ausnahmezustand zu verhängen, unter gleichzeitiger Androhung des Standrechtes! Die Begründung: Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und Gefährdung des Eigentums!

Wie haben die Tscheken im alten Oesterreich solche Regierungstaten bekämpft! Und nun sind sie, nach siebenjähriger Entwicklung ihrer „Demokratie“, glücklich bei den einst so verhassten österreichischen Regierungsmethoden, bei Ausnahmezustand und Drohung mit dem Standrechtsgalgen angelangt! Aber wenn sie ihre eigene Geschichte vergessen haben — in den deutschen Arbeitern in der Tschechoslowakei ist die Erinnerung an die Kämpfe, die das österreichische Proletariat gegen den Absolutismus geführt hat, nicht erloschen. Die deutschen Sozialdemokraten haben sich im kaiserlichen Oesterreich die Versammlungsfreiheit und das Recht auf die Straße zu erkämpfen gewußt, sie werden auch den Kampf gegen die Herrschaft des Pendrel zu führen wissen!

Einen demokratischen, wahrhaft freiheitlichen Staat wollte sich das tschechische Volk, wollten sich vor allem die tschechischen Arbeiter schaffen. Aber was ist aus ihrem Staate geworden? Jede Versammlung, jede Rede, jede Resolution ist von behördlicher Genehmigung abhängig. Jede Versammlung kann überwacht, kann vom Regierungsvertreter aufgelöst werden. Die Zeitungen werden häufiger konfisziert als ehemals in Oesterreich. Jedem mutigen Worte kann die Anklage wegen Uebertretung des Gesetzes zum Schutze der Republik folgen. Jeder Schritt kann vor Gericht und in den Kerker führen. Vortragstexte bei Unterhaltungen werden zensuriert, die Unterhaltungen von Polizisten überwacht, überall wimmelt es von Spitzeln, weil doch die Mehrheit der Bevölkerung als politisch unzuverlässig erscheint. Und nun soll gar noch jeder simple Polizeibeamte den Ausnahmezustand verkünden und den Galgen aufrichten können...

Nein, die Werktätigen werden diese Polizeiherrschaft nicht dulden! Sie rüsten zu neuem Kampfe und ihr Kampf wird nicht enden, wenn nicht der Pendrel seiner Macht entkleidet ist. wa.

Zur Verhaftung Wieniawa-Dlugoszowskis.

Gestern ist die Kautionssumme verringert worden.

Die Verhaftung des bekannten Publizisten Wieniawa-Dlugoszowski hat in der gesamten Öffentlichkeit ein lautes Echo gefunden.

Wieniawa-Dlugoszowski ist bekanntlich der Herausgeber des Wochenblattes „Sa Wolnoec“, das im letzten Halbjahr nicht weniger als 11 Mal konfisziert wurde. Durch diese Konfiszierung ist Wieniawa-Dlugoszowski materiell ruiniert worden. Und nun hat man noch die Stellung einer Kautions von 5000 Zloty gefordert, welche Summe der Publizist selbstverständlich nicht stellen konnte. So mußte er nach dem Gefängnis wandern, weil er Wikos beleidigt und die Beleidigung ihm einen Monat Gefängnis eingebracht hat.

Eine kleine Gegenüberstellung:

Der Mörder Baron Bisping, ein Großgrundbesitzer, 4 Jahre Gefängnis Kaution — 10 000 Zl.
Wieniawa-Dlugoszowski 1 Monat Gefängnis, Kaution — 5000 Zl.

Wie uns unser Korrespondent aus Warschau meldet, hat der Staatsanwalt beim Bezirksgericht, Rudnicki, gestern vormittags die Höhe der Kautionssumme auf 250 Zloty anstatt 5000 herabgesetzt. Nach Hinterlegung dieser Summe wurde Dlugoszowski auf freien Fuß gesetzt.

Gegen die Demokratie in Deutschland.

Darf ein Republikaner in Deutschland Minister sein?

Gegen den deutschen Innenminister, den Demokraten Rülz, werden seit einiger Zeit von den Rechtsparteien die heftigsten Angriffe gerichtet.

Der völkische Abg. Rube verlas in einer der letzten Reichstagsitzungen eine Kaisergeburtstagsrede, die Rülz als Bürgermeister in der alten guten Zeit, in der alle Bürgermeister Kaisergeburtstagsreden hielten, gehalten hatte.

Das gab Rülz Veranlassung, eine Geschichte zu erzählen, wie man aus einem Monarchisten zum Republikaner wird. Der Minister sprach:

Ich habe dem Kaiser ziemlich nahe gestanden. Aber wenn ein Kaiser, der von Millionen von Deutschen verlangt hat, daß sie ihr Leben einsetzen sollen für die Monarchie, in dem Augenblick, wo die Geschichte erstmalig von ihm selbst ein Einsehen für den monarchistischen Gedanken verlangt, nach Holland fährt, so ist das Band innerlich zerrissen. Das Grab der Monarchie wird von der Geschichte nicht auf deutschem Boden, sondern auf dem Wege nach Holland gesucht werden.

Das saß! Links brachen die Bande parlamentarischer Ordnung; man klatschte stürmisch. Rechts tobte man wie besessen und vollzog dann — zum feierlichen Protest gegen die geschichtliche Wahrheit — den Auszug aus dem Saal. „Ab nach Holland!“ schallte es von links hundertstimmig. Aber sie gingen nicht nach Holland, sondern kamen wieder und beantragten durch den Mund des Grafen Westarp, der Reichstag möge dem Minister wegen seiner soeben getanen Äußerungen das Vertrauen entziehen.

Trotski prophezeit für England und Frankreich Revolution.

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ bringt eine große Rede Trotskis, die dieser anlässlich des VI. Provinz-Textrikongresses in Mostau über die politische Situation in Europa gehalten hat. Trotski sprach vor allem von der imperialistischen Tätigkeit Englands im fernen Osten und erklärte, daß nunmehr ein definitiver Kampf zwischen Asien und Europa eingeleitet habe, wodurch Amerika indirekterweise auch auf die Seite der Gegner Europas trete. England, das sich als der Beherrscher der Welt aufspielte und seinen Bürgern das Gefühl der Göttlichkeit gewährte, gleitet infolge der Entwicklung der Kolonien, des nationalen Gefühls und der Macht des Kommunismus dem Abgrunde zu. Frankreich werde durch die Inflation zu deren direkter Konsequenz, zur Revolution, geführt. Es sei zwar schwer, den Propheten zu spielen, aber die Ereignisse in England und Frankreich seien darnach, daß man mit Grund annehmen könne, heuer noch ernste Erschütterungen in diesen Ländern zu erleben.

Der Kronprinz von Kurdistan.

Mohamed Ibn Raschid, der angebliche Kronprinz von Kurdistan, erschien von neuem vor der großen Strafkammer des Berliner Landgerichts, da er gegen das Urteil des Schöffengerichts, das gegen ihn wegen Betruges und Urkundenfälschung auf ein Jahr Gefängnis erkannt hat, Berufung eingelegt hatte. Es behauptete nach wie vor, daß er der Sohn des Emirs von Kurdistan und berechtigt sei, sich als Kronprinz von Kurdistan zu bezeichnen. Hier in Berlin war Mohamed in einer Phantasiuniform herumstolzisiert und hatte versucht, bei der Deutschen Bank einen großen Scheck einzutauschen. Er hatte sich dem Prokuristen der Bank Dr. Hallki Bey vorstellen lassen und war recht großartig aufgetreten. Der Beamte hatte aber sofort erkannt, daß es mit dem Paß des Kronprinzen nicht seine Richtigkeit hatte. Es war zwar ein richtiger türkischer Paß, der aber ursprünglich auf einen anderen Namen lautete. In Mohamed vermutete man einen gefährlichen Abenteurer, der in London, Paris und Amerika versucht hatte, die Staatsoberhäupter für seine angeblich von den Türken bedrängten Volksgenossen zu gewinnen, und dem es auch gelungen war, mit Mussolini und vielen anderen Persönlichkeiten Unterredungen zu erhalten.

Der Verteidiger machte geltend, daß der Angeklagte Betrügereien nicht nötig gehabt habe, da er monatlich, auch jetzt noch im Gefängnis, 400 Mark aus Amerika von seinen Anhängern durch Vermittlung seiner Frau zugesandt erhalten. Die Strafkammer sah sich nicht veranlaßt, die vom Schöffengericht erkannte Strafe von einem Jahr Gefängnis herabzusetzen, beschloß jedoch Mohamed Ibn Raschid auf freien Fuß zu setzen, damit dadurch sein Abschub über die Landesgrenze veranlaßt und Deutschland von einem solchen unersetzlichen Gast alsbald befreit

wird. Es wurde übrigens festgestellt, daß Ibn Raschid bereits im Auslande vielfach vorbestraft ist und daß er in London als Hofenbügler beschäftigt gewesen war.

Polales.

Eine Delegation der arbeitslosen Angestellten bei der Regierung in Warschau.

Am Donnerstag begab sich eine Delegation, bestehend aus fünf Personen, je einem Vertreter des Christlichen Commisvereins z. g. U., des Verbandes polnischer Kaufleute, des Verbandes der Handels- und Büro-Angestellten und der beiden Arbeitslosenkomitees nach Warschau, um bei der Regierung in Sachen der Arbeitslosenunterstützung zu intervenieren und entsprechende Memoriale niederzulegen.

In erster Linie begab sich die Delegation zum Arbeitsminister Ziemienccki, stellte demselben die verzweifelte Lage der arbeitslosen geistigen Arbeiter dar und forderte die sofortige Ueberweisung der noch fehlenden 30 000 Zloty zur Auszahlung der vierten Kategorie sowie 60 000 Zloty unbedingt noch vor den Feiertagen zur Auszahlung der Unterstützungen an diejenigen geistigen Arbeiter, welche seit drei Monaten noch keine Unterstützung erhalten haben. Ferner forderte die Delegation die Erhöhung des Kredits für die unentgeltlichen Mittagessen, da die Anzahl von Mittagessen unbedingt aufs Doppelte erhöht werden muß. Die Delegation ersuchte den Minister gleichfalls dafür Sorge zu tragen, damit die vorgesehenen öffentlichen Arbeiten schleunigst in Angriff genommen werden, wobei auch stellungslose geistige Arbeiter in der Administration verwendet werden sollen, um auf diese Weise, wenn auch nur um einen kleinen Teil, die Arbeitslosigkeit zu beheben. Das Resultat obiger Audienz war, daß der Minister die sofortige Ueberweisung von 20 000 Zloty verfügte und versprach, sich der weiteren Angelegenheit der geistigen Arbeiter wärmstens anzunehmen. Er erklärte, daß die öffentlichen Arbeiten schon in der aller-nächsten Zeit in Angriff genommen werden, daß ferner auch noch weitere Pläne in den nächsten Tagen fertig gestellt werden, welche zum Teil die Arbeitslosigkeit beheben sollen. Betreffs der 60 000 Zloty könne er jedoch augenblicklich noch keinen definitiven Bescheid geben, da ihm gegenwärtig keine Mittel zur Verfügung stehen, sich aber bemühen wird, auch diese Angelegenheit im günstigsten Sinne zu erledigen. Was die unentgeltlichen Küche anbetrifft, so wird der Kredit erhöht werden.

Hierauf begab sich die Delegation zum Innenminister Raczkiewicz sowie zum Finanzminister Jdziewowski, wo sie um Erhöhung der Kredite für die Unterstützung der geistigen Arbeiter bat, da die gegenwärtige Unterstützungsaktion so gering ist, daß selbst bei den bescheidensten Ansprüchen, sich davon zu erhalten vollständig unmöglich ist. Gleichfalls wurde die Angelegenheit der 3. I. M. stattgefundenen Vorfälle berührt und die Einleitung einer Untersuchung gefordert. Der Innenminister Raczkiewicz versprach, dieser Angelegenheit auf den Grund zu gehen und Schritte einzuleiten, damit sich ähnliche Vorfälle nicht mehr wiederholen.

Ferner überreichte die Delegation verschiedenen Sejmklubs Memoriale zwecks Einreichung einer Interpellation im Sejm, wegen Erhöhung des Kredits für die Auszahlungen von Unterstützungen an die geistigen Arbeiter.

Verteilung von Lebensmitteln und Kohle. Die Verteilungssektion beim Bürgerkomitee zur Hilfeleistung an die Beschäftigungslosen gibt bekannt, daß die Ausgabe von Lebensmitteln und Kohle gegen Kisten bis zum 18. März stattfindet. Die Lebensmittel werden in den Kooperativläden, die Kohle auf den städtischen Kohlenlagern in der Wenglowastraße 3 und bei Nowinski in Chojny herausgegeben.

Berammlung der Arbeiter und Angestellten der Gasanstalt. Gestern nachmittag fand eine Berammlung der Arbeiter und Angestellten der städtischen Gasanstalt statt. Als Redner traten die Angestellten Kowalski und Stemborowski auf, welche die Auszahlung einer Gratifikation verlangten, wie sie die Angestellten und Arbeiter seit 25 Jahren erhalten. Es wurde beschlossen, sich an den Klassenverband um Intervention beim Magistrat zu wenden. (u)

Die Arbeitslosigkeit in Polen. Zum 13. März 1. J. waren 61 649 Personen registriert. Unterstützungen erhielten 49 135 Personen. Arbeitslos wurden in der Berichtswoche 316 Personen, Beschäftigung erhielten 1120 Personen. Das Arbeitslosenamt verfügt über 162 freie Plätze.

Unterstützungen für die Kopparbeiter. Wir berichteten bereits, daß viele beschäftigungslose Angestellte bisher noch keine Unterstützungsgelder erhalten haben, da ihre Dokumente nicht in Ordnung befunden wurden. Diese Angelegenheit bildete gegenwärtig den Gegenstand von Beratungen im Arbeitslosenfonds, wo nach Durchsicht der von den Arbeitslosen zugestellten Dokumenten, die Arbeitslosen zum Empfang von Beihilfen ermächtigt werden sollen. (b)

Vor der Aufnahme von öffentlichen Arbeiten. Der Magistrat verlangte gestern von dem Klassenverband die Entsendung einer Gruppe von Arbeitern zur Aufnahme der Arbeiten in den städtischen Gärten. Der Klassenverband weigerte sich jedoch, dieser

Aufforderung über die Arbeit...
Regelung erfo...
Ein Au...
Stützung de...
Komitee hat...
lassen, wori...
heit der Bevö...
Arbeitslosen f...
der dringende...
nene Unterstütz...
gegenwärtige...
schließt mit...
Opfers für...
Ein ne...
der Freitag a...
strationskomm...
borst, der er...
zustellen, für...
engagiert.
Tagung...
im Stadtrats...
verbände aus...
der Präses de...
machte die U...
lung bekannt...
zum Beramm...
thol, Warscha...
und Herr La...
Die Beramm...
worin sie geg...
Einspruch er...
Mieter versto...
Polize...
Zusammenhan...
Lomas Rych...
Angestellten...
Kommandant...
Amtes entho...
Berj...
der Leiter de...
Kofmann sei...
schen dem Z...
ferneres Mir...
Deutsc...
Deutschland...
anselhen und...
Länderanleih...
2 1/2 Prozent...
werden ausg...
Werte, also...
zent Jahres...
nicht sofort...
einem beson...
30 Jahren...
jemand irge...
kann er dasi...
lich 4 1/2, Ru...
halb 30 Jah...
fallen natür...
Kriegsanleih...
jemand sein...
1920 bis zu...
im Besitz ha...
die offiziell...
das Deutsche...
Da eine Na...
nommen ist...
wertung so...
deutschen o...
man berück...
durch diese...
erfahren, em...
die Anmelde...
Anlei...
Wie wir er...
Kraftsbant...
Kleinvieh...
termine dü...
Hornvieh bi...
vieh bis 1...
Poler...
Nach einer...
bereits bis...
60 000 Ton...
schuß der d...
wohl vor d...
wendig wer...
passiv werd...
obige Festst...
Rach...
Nichtgeh...
kante Ber...
des Lodzer...
bis unsterb...
merktatraf...
ihrem Anbe...
mit ihm. G...
jedesmal la...
sie zu ermo...
sehen. Wo...
reichen Frei...
hoch war si...
Lodzer „be...
lich in eine...
men Stelld...
der „blinde

Eine Affäre bei der Auszahlung von Unterstütkungen.

Fünftausend Landwirte erhielten Geld- und Lebensmittelunterstütkungen.

Seinerzeit hat die Stadt Lodz auf Drängen der Wofewodschast 200.000 Zloty zum Ankauf von Lebensmitteln für die Unterstütkungen der Arbeitslosen von der Regierung geliehen.

Umgebung sind, die eigenes Land und eigene Gebäude besitzen, also jedenfalls ein genügendes Einkommen haben.

Eine neue illustrierte Zeitschrift. (Eingesandt.) Nächste Woche erscheint in unserer Stadt eine neue polnische, illustrierte Zeitschrift 'Kaleidoskop'.

Die Lodzer Tabakmonopolaffäre vor Gericht.

5. Verhandlungstag. Belastende Zeugenaussagen.

Der Zeuge Kanwa, ein Krakauer Geheimagent erklärt in der Krakauer Wohnung Krupski's Danziger Zigaretten sowie Tabakpäckchen aus Lodz gefunden zu haben, worüber der Eigentümer keine Rechnungen legen konnte.

Die Zeugin Wawszcza, die Dienstmädchen bei dem Angeklagten Krajewski war, erklärt wiederholt gehört zu haben, wie das Krajewskische Ehepaar sich gezankt habe, wobei die Frau ihrem Manne vorwarf, ein 'Monopoldieb' zu sein.

Der Vorsitzende läßt den Zeugen Rumowski, einen Krakauer Tabakgroßhändler in den Verhandlungsraum rufen und liest in dessen Anwesenheit einen Brief Rumowski's an Direktor Wronka vor, worin er dem Direktor 10 Prozent vom Verdienst anbietet, wenn derselbe ihn mit einer reichlichen Tabaksendung bedenken wolle.

Zeuge Piattowski erklärt, infolge schlechter Telefonverbindung Zeuge eines Gesprächs seines Teilhabers Marcinowski und des Lodzer Großhändlers Lewandowski gewesen zu sein.

Zeuge Sobczynski gibt sehr interessante Auskünfte über den Tabaksmuggel. Zeuge sah, wie die Angeklagten Górski, Podgórski, Kolba, Ziembek und Behm täglich Zigaretten und Tabak aus dem Monopol geschleppt haben.

Zeuge erklärt auch gesehen zu haben, wie Krupski aus dem Fenster eine Handtasche gereicht habe. Am 25. April 1924 hat Zeuge in der Portierstube gewartet. Nach Arbeitschluss sei Krupski mit einer Handtasche gekommen.

Die hertigen zwei Vorstellungen Uferinis in der Philharmonie.

Uns wird geschrieben: Alfredo Uferini, welcher mit seinen verblüffenden Experimenten die Sympathie des Lodzer Publikums erworben hat, wird heute zweimal auftreten.

Zduniska-Wola!

Heute, Sonntag, den 14. März, nachm. 2 1/2 Uhr, findet im Saale Freischütz eine

Berichterstattungs-Versammlung

statt. Referent: Sejmasgeordneter Emil Zerbe. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand der Ortsgruppe der D. S. A. P.

Aufforderung nachzukommen, da mit dem Magistrat über die Arbeits- und Zahlungsbedingungen noch keine Regelung erfolgt ist.

Ein Aufruf des Bürgerkomitees zur Unterstütkung der Arbeitslosen. Das oben erwähnte Komitee hat einen Aufruf an die Lodzer Bevölkerung

Ein neuer Direktor der Krankenkasse. In der Freitagabend stattgefundenen Sitzung der Administrationskommission der Krankenkasse wurde Dr. Samborski, der erschienen ist, um sich der Verwaltung vorzustellen, für den Posten des Direktors der Kasse engagiert.

Tagung der Mieterverbände. Gestern fand im Stadtratssaale ein Kongreß der Vertreter der Mieterverbände aus ganz Polen statt.

Polizeikommandant Rozumski abgesetzt. Im Zusammenhange mit den Vorfällen bei der Bestattung Tomas Rychlinski und der letzten Demonstration der Angestellten wurde, wie uns mitgeteilt wurde, der Kommandant der berittenen Polizei, Rozumski, seines Amtes enthoben.

Personliches. Morgen, am 15. März, begeht der Leiter der deutschen Volksschule Nr. 102 Herr Leo Rothmann sein 25. jähriges Dienstjubiläum.

Deutschland wertet die Kriegsanleihen auf. Deutschland wird die im Altbesitz befindlichen Reichsanleihen und die vom Deutschen Reiche übernommenen Vorkriegsanleihen der Vorkriegs- und Kriegszeit mit 2 1/2 Prozent aufwerten.

Anleihen zum Kauf von lebendem Inventar. Wie wir erfahren, beabsichtigt die staatliche Landwirtschaftsbank Anleihen zum Kauf von Hornvieh, Schafen, Kleinvieh und Geflügel zu erteilen.

Polen wird Weizenmehl einführen müssen. Nach einer Aufstellung des 'Express Por.' wurden bereits bis zum 1. Februar 1926 aus Polen etwa 60.000 Tonnen Weizen mehr eingeführt, als der Verbrauch der diesjährigen Weizenerte beträgt.

Kamekatt des 'blinden Max'. Unter den kältesten Lodzern ist der 'blinde Max' eine allbekannte Person. Man nennt ihn auch den 'Fürsten des Lodzer Gefindels'.

Angeschau. on, best rbandes ls- und omitees hen der entspre- on zum die rbeiter er noch rierten vor den en an onaten mer for- für die ittagen Die De- Sorge rbeiten bei auch stration, wenn gkeit zu daß der 0 Zloty egenheit Er er- aller- ferner fertig zeit be- jedoch en, da hen, sich in gün- stlichen en. Innen- Bzie- für die gegen- selbst erhal- be die rorfälle ordert. Ange- einzu- wieder- ebenen Inter- itis für eistigen Rohle. Hilfe- ut, daß n Kar- smittel uf den 3 und e Stell- d eine städti- Ange- je die ie die n. Es n In- (u) März hün- den in hielten über Wir Ange- halten und den g den 3, wo stellten i. Bei- (h) Ar- dem n Ar- tischen dieser

Kurze Nachrichten.

Ein Flug Dänemark-Japan. Auch in Dänemark wird für das kommende Frühjahr ein Flug nach dem fernen Osten vorbereitet...

Die Geisteskrankenziffer in Berlin ist im dauerndem Steigen begriffen und beträgt zurzeit 11 000 Personen.

Von einem Flugzeug überfahren. Auf dem Flugplatz von Bordeaux wurden letztes durch ein aufsteigendes Flugzeug zwei Personen überfahren...

Ein entarteter Vater. In Kassel wurde ein 62 Jahre alter Hausverwalter aus der Wilhelmshöhe verhaftet...

Mehr als 300 Häuser in Rowno unter Wasser. Eine Ueberschwemmung von noch nicht dagewesenem Umfange bedroht die am Zusammenflusse von Memel und Wilija gelegene Hauptstadt Litauens...

Der Leser hat das Wort.

Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die pressegesetzliche Verantwortung.

Eine herzliche Bitte.

Ostern naht heran und somit auch die übliche Zeit der Konfirmation. Ganze Scharen von Kindern werden wieder vor die Stufen der Altäre treten...

dieser Wunsch für viele, ganz besonders arbeitslose Familienväter, in diesem Jahre unerfüllt bleiben, wenn nicht seitens begüterter Glaubensgenossen Hilfe kommt.

Angeht die überaus traurigen Lage dieser Eltern, erlauben sich daher hierdurch die Unterzeichneten an die werten Glaubensgenossen...

Helft der armen zu konfirmierenden Jugend, diesen Tag zum Tage allgemeiner Freude zu gestalten. Die Gaben in Stoffen für obigen Zweck auch Geldspenden nimmt dankbar entgegen die Kirchenkantzel, Petrikauer Straße 4.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Achtung! Dramatische Sektion. Dienstag, den 16. März, um 8 Uhr abends, findet im Lokale in der Zamenhof-Straße 17 eine Versammlung der Mitglieder der dramatischen Sektion statt.

Ortsgruppe Lodz-Süd, Bednarsta-Straße 10. Die Parteimitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag, den 18. März 1926, um 8 Uhr abends, die feierliche Lokaleröffnung stattfindet.

Gesangsstunde Lodz-Süd. Heute, Sonntag, den 14. März, um 9.30 Uhr vormittags, findet die Gesangsstunde statt, zu der alle Sänger sowie Personen, die Interesse haben dem Gesangchor beizutreten...

Kirchengesangsverein „Neol“

Kilniskistraße 145.

Heute, Sonntag, d. 14. März 1926: Großer Familien-Abend

Großer Familien-Abend

mit verschiedenen Gesang-, Musik- und anderen Vorträgen sowie der Aufführung des Singspiels: „Als ich Abschied nahm — als ich wiederkam“.

Beginn um 5 Uhr. Gäste willkommen. 1502

angelegenheiten finden. Dienstag, den 16. März, von 4-6 Uhr nachmittags im eigenen Lokale, Bednarstastraße Nr. 10, statt.

Jugendabteilung der Deutsch. Soz. Arbeitspartei Polens. Heute, Sonntag, den 14. März d. J., um 3 1/2 Uhr nachmittags, findet im Parteilokale, Zamenhof-Straße 17, der fünfte Kursus für Funktionäre und Führer der Jugend statt.

Warschauer Börse.

Table with exchange rates for various countries like Belgium, Holland, London, New York, Paris, Prague, Zurich, Vienna, and Italy.

Züricher Börse.

Table with exchange rates for various countries like Warsaw, Paris, London, New York, Belgium, Italy, Berlin, Vienna, Spain, and Copenhagen.

Auslandsnotierungen des Lotry.

Table showing lottery results for various locations like London, Zurich, Berlin, Danzig, Katowice, and Poznan.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stw. L. Rut. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauerstraße 109.

Advertisement for Rudolf Valentino's film 'Der Liebling aller Frauen' (The Favorite of All Women) featuring a popular actor and a dramatic plot.

Advertisement for the film 'Die Verführte' (The Seduced) starring Mary Pickford, described as a nerve-shattering life drama.

Advertisement for the 'Novitäten-Abend' (Novelty Evening) by the Lodz German School and Education Association, featuring the opera 'Gräfin Mariza'.

Advertisement for the Kinematograf Oświatowy (Educational Cinema) showing films like 'Zwierzęta — jak ludzie' and 'Dorota Vernon'.

Advertisement for Dr. Bernh. Lauer's 'Harzer Gebirgstee' (Harz Mountain Tea) available at Arno Dietel's pharmacy.

Advertisement for 'SPIEGEL' (Mirror) by Alfred Teschner, featuring a decorative mirror image.

Vertical text on the far right edge of the page, including fragments of other advertisements and notices.

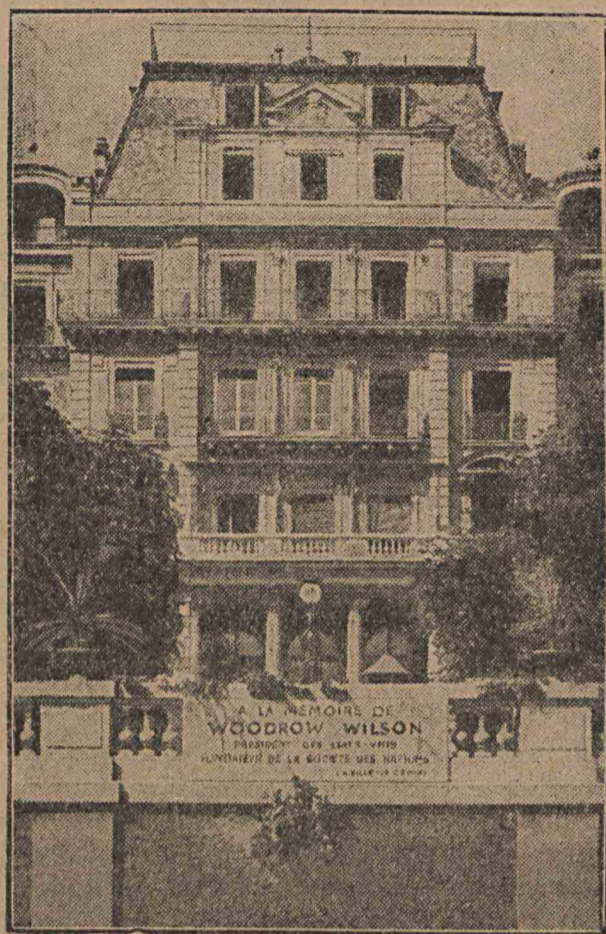
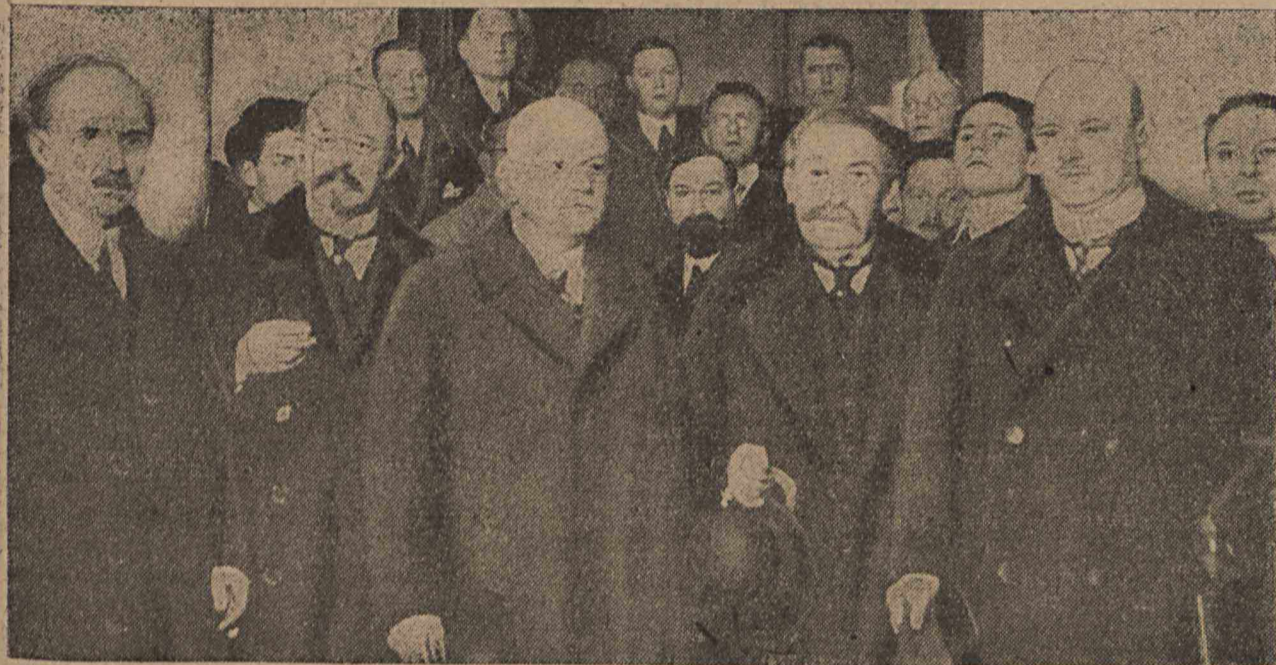
Der Völkerbund vor Deutschlands Beitritt.

Bild links:

Sonntag nachmittag fand eine Besprechung der Mächte, die den Locarnovertrag abgeschlossen haben, statt. Unser Bild zeigt im Vordergrund von links nach rechts: Scialoja, Vandervelde, Luther, Briand, Stresemann.

Bild rechts:

Das Völkerbundgebäude in Genf. (An der Balustrade die Gedenktafel für Wilson.) In diesem Gebäude sind die Bürocans und der Sitzungssaal des Völkerbundes untergebracht. Die Völkerbundversammlung tagt im Hotel Victoria.



Eine Konferenz zwischen der P. P. S. und der D. S. A. P.

Bemühungen, Unzulänglichkeiten und Mißverständnisse zwischen beiden Organisationen aus dem Wege zu räumen, um die politische Zusammenarbeit im Lande zu fördern.

In gewerkschaftlicher und politischer Beziehung bestehen zwischen den vorgenannten beiden Organisationen, vornehmlich aber in den früheren deutschen und österreichischen Teilgebieten Meinungsverschiedenheiten, die oftmals Augenblicke hervorriefen, die im Interesse der Arbeiterschaft unerwünscht sind. Besonders scharf treten die Meinungsverschiedenheiten zwischen den polnischen und deutschen Klassengewerkschaften in Oberschlesien und Bieleß, weniger in Pommerellen und noch weniger in Lodz auf.

Vor einigen Wochen wandte sich die Polnische Sozialistische Partei durch Abgeordneten Mieczyslaw Niedzialkowski an die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei mit dem Vorschlage, eine Konferenz der Vertreter beider Parteien abzuhalten, um die

Kulturellen und gewerkschaftlichen Forderungen der deutschen Werkstätigen in Polen

zu besprechen. Im Zusammenhange mit diesem Angebot veröffentlichte Abg. Niedzialkowski im „Robotnik“, dem Zentralorgan der P. P. S., einen

Artikel, in dem er seine Ansicht zu der Regelung der Minderheitenprobleme in Polen kundgab. Für die deutsche Minderheit in Polen forderte Niedzialkowski in besagtem Artikel die

Kulturelle Autonomie.

Diesen Artikel haben wir in der „Lodzzer Volkszeitung“ veröffentlicht und einen Tag später die Stellungnahme unserer Zeitung zu diesen Vorschlägen.

Die Parteileitung der D. S. A. P. antwortete auf diese Einladung, daß vor der Besprechung dieser Frage die Mißhelligkeiten zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die unter dem Einfluß leider Parteien stehen, aus dem Wege geräumt werden müssen, da nur in diesem Falle eine Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens geschaffen werden kann.

Angesichts dessen wurde zwischen beiden Parteien verabredet, eine Konferenz in Lodz abzuhalten. An derselben sollten Vertreter aus allen Teilgebieten der beiden Parteien teilnehmen.

Die Konferenz

trat am Freitag vormittag im Lokale des Verbandes der Angestellten gemeinnütziger Anstalten, Petrikauer 53, zusammen.

An derselben nahmen teil: Von Seiten der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Abg. Buchwald (Oberschlesien), Abg. Pantraz (Pommerellen), Karger (Deutscher Metallarbeiterverband), Abgg. Artur Kronig und Emil Zerbe sowie Stv. Reinhold Klim, Oskar Seidler, Ludwig Kut und Generalsekretär Kociolek (Lodz). Von Seiten der P. P. S. Abgg. Mieczyslaw Niedzialkowski (Zentrale Warschau), Zulawski (polnische Zentral-Klassengewerkschaften, Warschau), Antoni Szczerkowski (Klasserverband, Lodz), Biniszkiwicz (Schlesischer und Warschauer Sejm), Rumpfeld (Schlesischer Sejm), Chrusz und Pajont (polnische Gewerkschaften in Oberschlesien), Dr. Edmund Weißberg (Vorsitzender der Lodzzer Organisation) und Stv. Stanislaw Rapałski (dessen Stellvertreter).

Die Eröffnung.

Dr. Weißberg begrüßte die Konferenz im Namen der Lodzzer Organisation der P. P. S. und wünschte ihr eine fruchtbringende Arbeit. Seine Organisation sei stolz darauf, daß ihr die Genugtuung zufällt, in Lodz die erste Konferenz zwischen polnischen und deutschen Werkstätigen zu begrüßen.

Hieronymus und Thaddäus.

(Briefe zweier Freunde.)

Lodz, den 14. März 1926.

Lieber Thaddi!

Interessant war dein letzter Brief über den Königspunkt in Polen. Besonders aber über die „Freie Presse“ und die an dieser Zeitung „interessierten“ Herren Parlamentarier, die die weisen Aussprüche gefast haben, ohne die das arme deutsche Volk in Polen gewiß unglücklich geworden wäre.

Ein neues Stückchen, lieber Thaddi, leistete sich die Zeitung aber gestern. Veröffentlicht sie die Namen der Abgeordneten des Deutschen Klubs, die die einzelnen Sejmkommissionen besetzt haben, läßt aber wesentlich die Namen der Klubmitglieder weg, die zur Deutschen Sozialistischen Partei gehören. Trotzdem die drei Abgeordneten gerade die wichtigsten Kommissionen besetzt halten, wie die Rechtskommission und Verfassungskommission (Kronig), Finanzkommission (Serbe) und Militärkommission (Pantraz).

So sieht die Kleinlichkeit dieser „freien“ Presse aus, lieber Thaddi. Frei nach dem Vogel Strauß. Den Kopf in den Sand stecken, um nichts zu sehen. Als ob die Abgeordneten, die nicht zur Verwaltung dieses Profitblattes gehören, dadurch an ihren Namen Schaden erleiden, wenn sie nicht in dieser Zeitung stehen. Die Lügner sollen die der eigenen Zucht bleiben. Wenn diese Zeitung schon eine Meinungs-

fabrik ist, so inklusive Verdrehungen, Falschmeldungen und Verschweigen der für die Öffentlichkeit oft wichtigsten Nachrichten. Damit will das Blatt den Strom aufhalten, der sie mit ihren Mannen in die Rumpelkammer mitreißen wird.

Aber nicht nur bei dieser nicht allzuwichtigen Nachricht verfährt die „Freie Presse“ demgemäß.

Wenn ein Abgeordneter oder Stadtverordneter, der nicht in dem Garten der „Freien Presse“ verkehrt, im Interesse der Allgemeinheit in den kommunalen oder gesetzgebenden Körperschaften eine Aktion unternimmt, so schweigt sich dieses Blatt darüber aus. Auch wenn es sich um Aktionen von größter Bedeutung handelt.

So hat letzters der Abgeordnete Kronig zur Novelle zum Mieterschutzgesetz gesprochen — in der „Lodzzer Volkszeitung“ hast Du, lieber Thaddi, darüber gelesen —. Alle Blätter brachten diese Nachricht. Die „Freie Presse“ aber wußte nichts davon, wahrscheinlich deswegen, weil der Sachverständige in Mietsachen der „Freien Presse“, der Abg. Spickermann, es nicht für nötig hielt, im Sejm zu diesem Thema etwas zu sagen.

Eine zweite Tatsache. Im Lodzzer Stadtrat sollten die Hausbesitzer besteuert werden. Die großen Hausbesitzer wollten zuungunsten der kleinen eine Steuererleichterung. Von den zwei Bürgerlichen Deutschen fand sich keiner, der gegen diese Ungerechtigkeit aufgetreten wäre. Auch nicht der Hausbesitzer Weigelt. Stv. Kut verteidigte die kleinen Hausbesitzer und setzte durch, daß sie besser als die

großen behandelt werden. Die „Freie Presse“ schwieg darüber. Wollte ihren Hausbesitzervertreter nicht bloßstellen. Obwohl sie einen Berichterstatter im Stadtrat sitzen hat, der alles genau hört. Aber nicht nur nichts gebracht hat das Blatt über den Unterschied, den der Redner der werkstätigen Deutschen im Stadtrat unterstrich, sondern brachte in Verbindung damit eine falsche Steuerabelle, die die Leser irreführte.

Zweck der Werbung ist, lieber Thaddi, den Lesern weiszumachen, daß die Vertreter der Werkstätigen ebensolche Murrestiere sind wie die Proteges der „Freien Presse“. Natürlich steht diese Politik auf schwachen Füßen. Und wenn den Lesern der „Presse“ im gegebenen Augenblick gesagt werden wird, was ihnen im Laufe der Zeit unterschlagen wurde, so wird die Ernüchterung sehr schmerzhaft sein.

So, lieber Thaddi, macht die „verbreitetste“ Zeitung ihre Politik. Auf diese Weise unterstützt sie ihre eigene Industrie“.

Und nun der von dir berührte Königspunkt. Das Droschkenkutschblatt „Rozwój“ hat bei seiner Auflage von anderthalb tausend seinen verdühten Lesern mitgeteilt, daß es 3400 Antworten auf die Rundfrage „Monarchie und Republik“ erhalten hat. Siehst, du, Thaddi! So wird geschwindelt. Jede bürgerliche Zeitung hat ihre Methoden.

Es grüßt Dich

Dein Hieronymus.

